

# Die Gewerkschaft

Zeitschrift zur Vertretung der wirtschaftlichen und sozialen Interessen der in Gemeinde- und Staatsbetrieben beschäftigten Arbeiter und Unter-Angestellten  
Organ des Verbandes der Gemeinde- und Staatsarbeiter

Redaktion und Expedition: Berlin W57  
Winterfeldtstr. 24 (Redakteur: Emil Dittmer)  
Fernsprecher: Amt Lüchow Nr. 2746

Staats- und Gemeindebetriebe  
sollen Musterbetriebe sein!

Erscheint wöchentlich freitags-Bezugspreis  
vierteljährlich durch die Post (ohne Bestellgeld) 2 Mk.  
Postzeitungsliste Nr. 3164

Inhalt: Zur Frühjahrsagitation. — Unser Verband am Schlusse des 42. Kriegsmonats. — Ein Reichsamt für Gesundheitspflege und Sozialversicherung. — Einmalige Teuerungszulagen im Gau Hamburg. — Aus Politik und Volkswirtschaft. — Aus den Stadtparlamenten. — Aus unserer Bewegung. — Aus den deutschen Gewerkschaften. — Sozialversicherung. — Internationale Rundschau. — Rundschau. — Briefkasten. — Eingegangene Schriften. — Totenliste. — Feuilleton: Von der Liebe zum Buch.

## Zur Frühjahrsagitation.

Das Resultat unserer Urabstimmung hat in allen Gauen freudige Zustimmung gefunden. Aber nun gilt es, auch diejenigen Kollegen und Kolleginnen, die sich bislang nicht genügend um das innere Verbandsleben gekümmert haben, aufzurütteln, damit sie sich ihrer Pflichten bewußt werden.

Stetig stieg im letzten Jahr unser Verband aufwärts. Die Mitgliederzahl hat sich trotz aller Kriegsnot so glänzend entwickelt, wie das wohl niemand von uns zu hoffen wagte. Wir müssen nun alles tun, daß auch in den nächstfolgenden Monaten unser Aufstieg der gleiche bleibt. Das Frühjahr war stets für unsere Agitation besonders günstig. Und die Veranlassung für viele, sich endlich der Organisation anzuschließen, ist nach wie vor im stärksten Ausmaß gegeben durch die Folgeerscheinungen des Krieges und seiner Leiden.

Alle Arbeitenden verspüren den harten Druck des Krieges; in der Ernährung, der Unfreiheit, dem Elend, der Sorge. So sind die Vorbedingungen für eine rege Agitation auch weiterhin gegeben. Wir müssen also erneut an die unorganisierten Kollegen und Kolleginnen herantreten. Wir müssen sie „stellen“, jeder muß, wenn auch in Ruhe und Freundschaft, so doch mit Energie an seine Organisationspflicht erinnert werden.

Auch die Kolleginnen! Gewiß ist es eine stattliche Zahl, die sich bereits dem Verbandsangehörigen hat. Ueber 7000 haben erkannt, daß sie genau wie ihre männlichen Arbeitsbrüder sich nur durch die Organisation selbst weiterheben können in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen, aber es sind doch noch Zehntausende, die allzu ängstlich beiseite stehen; ja, in vielen Fällen ist nicht einmal der Ruf an sie gelangt, weil niemand unter ihnen war, der den Organisationsfaden anknüpfte. Hier können wir in den nächsten Wochen und Monaten noch viel Erfolge erzielen, und es ist die ganz besondere Pflicht der neugewählten Zirkalleitungen, ihr Augenmerk darauf zu richten.

Wo es angängig ist, muß auch darauf geachtet werden, daß recht viele weibliche Vertrauenspersonen gewählt werden. Man glaube nicht, die Kolleginnen seien für diese Posten ungeeignet oder „nicht genügend gekult“. Das trifft

vorerst auch für Hunderte von männlichen Vertrauensleuten zu, die sich jetzt während der Kriegszeit nicht systematisch schulen können, weil dazu die Vorbedingungen fehlten.

In den größeren Zirkalen sollte freilich nachherade wieder an die systematische Weiterbildung, insbesondere aller Funktionäre gearbeitet werden. Gewiß, wir haben so viele Reulinge in unseren Reihen, daß ein festes Fundament nur schwer gelegt werden kann. Aber das darf kein Anlaß sein, gar nichts zu tun in bezug auf Weiterbildungs- und Erziehungsarbeit! Die Frühjahrsmonate sind besonders geeignet für die Schulung in der Agitation und Werbearbeit!

Im Unternehmerlager ist man bereits fest entschlossen, sobald wie möglich die Löhne „abzubauen“, d. h. herabzusetzen, wenn der Arbeitsmarkt es irgendwie möglich macht. Das kann sich noch bis zur Heimkehr der Eingezogenen hinziehen, kann aber auch infolge des Ausgehens der Rohstoffe schon früher erfolgen.

Alsdann müssen die Arbeiter in ihren Organisationen stark gerüstet dastehen zur Abwehr.

Gewiß könnte man sagen, die Stadtgemeinden und die Staatsbetriebe müßten in dieser Uebergangszeit der ruhende Pol in der Erscheinungen flucht sein. Sie könnten und sollten alle Vorbereitungen schon jetzt treffen, um den arg vernachlässigten Bedürfnissen des Gemeinweins nachzukommen und den Arbeitsmarkt entsprechend zu entlasten.

In den Gemeinden bilden aber überall die bürgerlichen Parteien die Mehrheit. Werden sie ihr „warmführendes Herz“ dann nicht wieder hinter der finanziellen Not der Gemeinden verstecken? Die Antwort kann für unsere Kollegen, als Kenner der Verhältnisse, nicht schwer sein. So dürfen wir also nicht glauben, unter einem anderen, ganz besonders günstigen Stern zu stehen wie die Privatindustrie. Nur zögernd und zaghaft werden die Gemeinden an durchgreifende Maßnahmen herangehen, wahrscheinlich werden sie sich vielfach mit sogenannten „Notstandsarbeiten“ begnügen, die keinem Teil gerecht werden: weder der wirtschaftlichen Not noch der beteiligten Arbeiter.

Alle diese Dinge weisen ganz klar darauf hin, daß die Gemeinde- und Staatsarbeiter in den nächsten Wochen und Monaten ihre Anstrengungen verdoppeln müssen, um unseren Verband stark und widerstandsfähig zu machen.

Die Urabstimmung war der erste Schritt auf diesem Wege. Der zweite ist die Heranziehung all derjenigen, an die wir bislang nicht herangekommen sind.

Jeder muß es sich zur Pflicht machen, an der Arbeitsstelle und wo immer nur Gelegenheit geboten ist, für die Organisation einzutreten.

Denn in dieser schweren Zeit bedarf es aller Kräfte!

## Unser Verband am Schlusse des 42. Kriegsmonats.

(Nach dem Stande vom 1. Februar 1918.)

Es geht weiter voran! Jeder Monat bringt uns einen weiteren Zuwachs an Mitgliedern. Auch die vorliegende Zusammenstellung weist wieder 706 Mitglieder mehr auf als die des Dezember; 284 davon sind männliche, 422 weibliche. Unser Verband zählt nun 33.631 Mitglieder gegen 32.925 im vorigen Bericht. Die Gesamtzahl setzt sich aus 26.298 männlichen und 7.345 weiblichen Mitgliedern zusammen. Die Zahl der Neuaufgenommenen ist um 83 zurückgegangen; es sind diesmal 1216 gegen 1299 im Dezember. 615 Neuaufgenommene sind männliche und 601 weibliche Mitglieder. Bei einem Vergleich mit dem Mitgliederbestande unseres Verbandes vor einem Jahre, am 31. Januar 1917 (25.455), ergibt sich in Jahresfrist ein Mitgliederzuwachs von 8176. Die Zahl der im Jahre Stehenden hat eine Verminderung um 106 erfahren; sie beträgt jetzt 28.884. Die Zahl der Frauen hat sich um 274 und die der Kinder um 23 gesteigert. Auch die Zahl unserer Toten hat eine Vermehrung erfahren. Wir betrauern 2461 Kollegen.

Unsere Unterstüzungseinrichtungen erforderten dieses Mal eine Mehrausgabe von 5472,84 Mk., von der allein 4117,75 Mk. auf die Krankenunterstüzung entfielen. Diese stieg von 13.324,85 Mark auf 17.442,60 Mk. Die Arbeitslosenunterstüzung verursachte nur eine geringe Mehrbelastung von 81,50 Mk., indem sie sich von 616,75 Mk. auf 701,25 Mk. erhöhte. Damit wurden 77 Arbeitslose unterstüzt. Auch die Streit- und Genesungsunterstüzung hielt sich mit 145,75 Mk. in bescheidenen Grenzen. Sie erforderte 103,60 Mk. mehr als im Dezember, der nur 42,68 Mk. für genannten Unterstüzungszweig beanspruchte. Die Sterbefälle, die im Vorbericht mit 7565 Mk. eingestellt waren, bedingten mit 8732,50 Mk. eine Mehrbelastung der Hauptkasse von 1167,50 Mk. Die oben erwähnte Mehrausgabe der Hauptkasse von 5472,84 Mk.

wurde durch die Erhöhung der Unterstüzungsausgaben von 21.549,28 Mark auf 27.022,10 Mk. hervorgerufen:

Nachstehend die tabellarische Uebersicht:

Aufnahmetag	Schluß des II. Qu. 1914	Mitglieder am Aufnahme- tag (I. Aufruf)	Neu auf- nahmen	Angehörige der eingezogenen		Angehörige der eingezogenen	Angehörige der eingezogenen	Angehörige der eingezogenen	Angehörige der eingezogenen
				Frauen	Kinder				
15. August 1914	54522	41932	—	1919	5517	18001	531		
30. September	54522	37174	—	2779	11508	22117	511		
31. Dezember	54522	34850	—	3600	12494	24070	523		
31. März 1915	54522	31841	—	3395	14796	27893	201		
30. Juni	54522	29207	—	3345	16703	32677	72		
30. September	54522	27844	—	2634	18137	36300	77		
31. Dezember	54522	26605	477	2513	19294	37309	232		
31. März 1916	54522	26600	627	1985	19692	37714	158		
30. Juni	54522	27018	703	1116	20098	38444	56		
30. September	54522	26190	555	1025	20845	40154	59		
31. Dezember	54522	25586	581	645	21500	41543	131		
31. Januar 1917	54522	25455	577	383	21436	43309	141		
28. Februar	54522	26004	1006	463	21714	42123	141		
31. März	54522	26390	1381	728	21847	42228	57		
30. April	54522	26932	962	1179	21602	41632	47		
31. Mai	54522	27748	1482	1946	21560	41896	42		
30. Juni	54522	27498	1144	1872	21634	42099	40		
31. Juli	54522	28002	855	2404	21662	41692	50		
31. August	54522	29165	1649	3663	21196	41305	57		
30. September	54522	30149	1699	4573	21573	40901	25		
31. Oktober	54522	31410	1592	5654	21173	39484	25		
30. November	54522	32705	1608	7159	21235	40317	41		
31. Dezember	54522	32925	1299	7892	21320	40543	100		
31. Januar 1918	54522	33631	1216	7993	21594	40566	77		

### Stand unserer Organisation am 1. Februar 1918.

Ort	Gau	Mitgliederzahl am		Neu- auf- nahmen	Mitglieder-		Angehörige der eingezogenen		Zum 1. bis 31. Januar 1918 auf Kosten der Hauptkasse ausgezahlte Unterstüzungen				Gesamt- summe					
		Schluß des II. Qu. 1914	31. Jan. 1918		Zu- nahme	Ab- nahme	Frauen	Kinder	an Arbeits- losen	an Kranke	in Sterbe- fällen	an Streit- u. Genesungs- unterst.						
1	Berlin	9619	6918	324	3106	—	4685	8251	63	25	3122	—	1385	—	—	—	4570	25
2	Brandenburg	1022	689	5	39	—	353	696	9	—	208	60	210	—	—	—	427	60
3	Bremen	2670	1290	35	—	48	809	1634	—	—	450	—	60	—	16	25	526	25
4	Breslau	1360	2290	88	1949	—	779	1653	274	75	449	25	362	50	—	—	1086	50
5	Dresden	8381	1810	46	37	—	1276	2082	6	—	1897	30	875	—	—	—	2278	30
6	Erfeldorf	2459	1458	53	263	—	799	1122	—	—	447	50	180	—	29	50	657	—
7	Frankfurt/M.	8109	2362	128	1066	—	1455	3070	—	—	1055	75	500	—	—	—	1555	75
8	Hamburg	7075	3949	118	1000	—	2800	4931	73	50	2027	—	1147	50	—	—	3248	—
9	Hannover	1171	718	21	116	—	484	1040	83	—	378	95	—	—	—	—	411	95
10	Königsberg	1162	551	18	69	—	644	1321	—	—	137	75	—	—	—	—	137	75
11	Leipzig	9172	1499	33	—	243	1223	2403	100	—	1089	50	370	—	—	100	1639	50
12	Lübeck	1596	1401	52	639	—	618	1258	22	50	590	75	110	—	—	—	723	25
13	Magdeburg	1499	932	28	54	—	456	711	18	—	521	75	615	—	—	—	1154	75
14	Mannheim	3326	1778	40	19	—	1311	2230	23	75	1231	—	260	—	—	—	1514	75
15	München	4164	8390	128	687	—	1110	2684	77	50	2058	75	1053	75	—	—	3190	—
16	Nürnberg	2618	1408	24	—	83	998	2062	—	—	844	75	346	—	—	—	1189	75
17	Strasbourg, E.	1909	606	29	—	515	696	1639	—	—	428	75	328	75	—	—	767	50
18	Stuttgart	2908	1602	87	—	130	907	1813	—	—	1003	25	890	—	—	—	1633	25
19	Einzelmitglieder	312	89	9	—	82	93	56	—	—	—	—	—	—	—	—	—	—
		54522	33631	1216	7993	—	21594	40566	701	25	17442	60	8732	50	145	75	27022	10

## Ein Reichsamt für Gesundheitspflege und Sozialversicherung.

Um die offen fühlbare Ueberlastung des Reichsamts des Innern zu beseitigen, ist durch den Kaiserlichen Erlass vom 21. Oktober 1917 eine Teilung vollzogen worden, wodurch das Reichswirtschaftsamt geteilt wurde. Bei diesem überleiteten Vorgang ist zum Rechtteil des Gesundheitswesens, der Bevölkerungsstatistik und des Arbeiterrechtes eine Zweiteilung bestehen geblieben, die sich auch allgemein vom Standpunkt der Sozialpolitik als unpraktisch und wenig förderlich erweisen muß. Nach der Neuordnung gehören jetzt zum Geschäftsbereich des Reichsamts des Innern 12 Abteilungen, wobei als zugehörig auch das Gesundheitsamt mit dem Medizinal- und Veterinärwesen, das Armenwesen und die Pflanzlich-technische Reichsanstalt usw. in Betracht kommen, während dem Reichswirtschaftsamt mit 21 Abteilungen die Ständige Ausschussung für Arbeiterwohlfahrt (Charlottenburg), die Behörden für Untersuchung von Secunfällen, das Staatliche Amt, das Auf-

sichtsamt für Privatversicherung, das Reichsversicherungsamt und die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte sowie der Reichskommissar für Uebergangsgewerkschaft überwiegen wurde. Wie in der Bekanntmachung des Reichskanzlers vom 31. Oktober 1917 darüber ausgeführt wird, gehören unter anderem zu dem Geschäftsbereich des Reichswirtschaftsamt auch diejenigen Angelegenheiten, welche auf die Fürsorge für die arbeitenden Klassen (Kranken-, Unfall-, Invaliden- und Arbeiterverhütung, Arbeiterurlaub, Sonntagsruhe usw.), auf Wohlfahrtsunterstützungen, das Wohnungsfürsorgewesen, die Verhältnisse des Arbeitsmarktes und sonstige Fragen, die sich auf die Sozialpolitik beziehen. Danach bleibt ein wichtiger Teil des Reichsgesundheitswesens bei dem Reichsamt des Innern, während der übrige große Teil in das Reichswirtschaftsamt eingegliedert wurde. Durch die Trennung des Reichsversicherungsamts vom Reichsamt des Innern

m 21 548.28

die	en	en	en
8001	53		
2117	51		
24070	52		
27893	201		
28777	72		
30300	77		
37759	282		
37714	168		
38414	56		
40154	59		
41543	131		
43309	141		
42123	141		
42228	57		
41632	47		
41896	42		
42090	40		
41602	50		
41305	57		
40801	25		
39484	25		
40317	41		
40543	100		
40566	77		

gesamt-	summe
4570	25
427	100
526	25
1086	50
2278	30
657	—
1555	76
8248	—
411	96
197	77
1650	59
723	25
1154	76
1514	76
3190	—
1189	75
767	60
1933	25
27022	10

muß sich auch die Milt zwischen dem Gesundheitsamt erweitern und das Zusammenwirken erschweren, wodurch bei der bekannten Macht der Bureaucratie in weiterer Folge die von der Partei und den Gewerkschaften geforderte Einheitlichkeit und Zentralisation des Reichsgesundheitswesens und der hierbei wirkenden Kräfte ernstlich in Frage gestellt wird.

Dieser Dualismus auf dem Gebiete der reichsorganisatorischen Gesundheitsfürsorge kann auch der Arbeiterklasse zu den Verwirrungen der Verstaatlichung des Medizinalwesens nicht gleichgültig sein. Aber auch in den ärztlichen Kreisen hat diese Neuregelung einen Widerspruch gefunden. Wie in der Arbeiterklasse, so ist man auch hier schon seit Jahren mit der Organisation der Tätigkeit des kaiserlichen Gesundheitsamts unzufrieden und hat für beträchtlich weitgehende Forderungen propagiert. Und dabei wird jetzt schon zum Ausdruck gebracht, daß auch das Reichswirtschaftsamt in Folge seiner Arbeitsüberlastung nur geringe Erfolge in Aussicht stellen kann. In dem Organ „Eristrantenliste“ (Dresden), Nr. 21 1917, wird in einer Abhandlung von Dr. jur. A. Eijer unter dem Titel „Vorbereitungen für ein gesundheitsliches Reichsamt“ unter anderem gesagt: „Das kaiserliche Gesundheitsamt ist zwar eine Reichszentralbehörde, aber es ist nicht das, was man als oberste Exekutivbehörde für Hygiene und Sanitätswesen sich wünscht. Zwar erhebt sich die Wirksamkeit des Gesundheitsamts außer auf wissenschaftliche auch auf gesetzgebende und administrative Tätigkeit, aber die gesetzgebende Tätigkeit ist hier auch wesentlich nur der Ausfluß wissenschaftlicher Untersuchungen und Erfahrungen, und zur verwaltenden Tätigkeit gehören insbesondere die Aufstellung von Vorschriften über die Weidkassenheit von Arzneimitteln, Anstellung von Analysen, Vereitigung des Geheimmittelswesens, Herausgabe des Arzneibuchs für das Deutsche Reich, die intellektuelle Leitung der Gesundheits- und Veterinärpolizei, die Prüfungschriften der Medizinalpersonen und anderes mehr. Das ist freilich ein großer Teil dessen, was ein Reichsamt für Hygiene und Sanitätswesen zu leisten hätte, aber es ist eben nur ein Teil und es ressortiert im übrigen von einer „nicht gesundheitslichen“ Oberbehörde, ist also nicht das, was beispielsweise in Oesterreich-ungarn neuerdings in einem eigenen Gesundheitsministerium geschaffen werden soll. Denn wo bleiben die großen Fragen der Bevölkerungs-, der Massen- und allgemeinen Sozialhygiene, der umfassenden Maßnahmen der Krankheitsbekämpfung auf dem Verwaltungswege und der vorbeugenden sanitären Aufgaben, die aus der Reichssozialversicherung entstanden sind?“

Eine andere Strömung ist für eine Treiteilung des Reichsamts des Innern, mit einem Reichsamt für Sozialpolitik, also mit einer Trennung der Sozial- von der Wirtschaftspolitik, worin die soziale Hygiene mehr realisierend und verwaltungsmäßig zum Ausdruck gebracht werden sollte. Im Zusammenhang mit diesen Reformvorschlägen steht auch die Forderung eines Reichssekretariats für Gesundheitspflege und soziale Versicherungswesen, wie es von dem Sozialhygieniker Dr. med. Prof. Alfred Grojahn im „Berliner Tageblatt“ (Nr. 310 vom 20. Juni 1917) dargestellt und empfohlen wurde. Danach soll das Reichsgesundheitsamt, die Reichsanstalt für Angestellte usw. zusammengefaßt werden. In der Begründung wird unter anderem mit dem Hinweis auf das Hygieneministerium in England und den Ministerien für Volksgesundheit und soziale Fürsorge in Oesterreich und Ungarn gesagt: „Den größten Nutzen von dem neuen Staatssekretariat würden Reichsgesundheitsamt und Reichsversicherungsamt haben, weil sie beide ihre Eigenart beibehalten und doch sich gegenseitig mehr als bisher befruchten und vor Reichstag und Bundesrat sich weitaus kräftiger zur Geltung zu bringen vermöchten als bisher. Es würde mit einem Schlage der jetzt von sozialhygienischer Seite so stark empfundene Mangelzustand fortfallen, daß im Gesundheitsamt des Reichs zu sehr Theorie und Wissenschaft ohne Fühlung mit der Verwaltung getrieben wird, im Reichsversicherungsamt dagegen häufig der gute Wille und die Möglichkeit eines großzügigen sozialhygienischen Wirkens zu einem dem Stande der hygienischen Wissenschaft nicht entsprechenden konspirativen Experimentieren führe.“ Die letzteren Ausführungen wird jeder beistimmen müssen, der im Verlauf der Jahre nur einigermaßen die Dinge im Zusammenhang mit der Ausgestaltung des Arbeiter-Schutz beim Reichsamt des Innern verfolgen konnte. Aus den Kreisen der Ärzte und Intellektuellen fordert man deshalb kurz gesagt: ein „Reichsministerium für das gesamte Gesundheitswesen“ mit einer ärztlichen Oberleitung. Inwieweit hierdurch auch eine Zahl von wichtigen Problemen, wie das Zusammenwirken der Krankenkassen mit den ärztlichen Organisationen und mit dem deutschen Apothekerverein usw., eine mehr zeitgemäße Lösung im Sinne einer fortgeschrittenen Sozial- und Gesundheitsfürsorge

finden können, ist eine andere Frage. Ferner kann auch sehr fragwürdig erscheinen, ob zur Verstaatlichung des Arznei- und Apothekerverwesens, des Tragenhandels und der chemisch-pharmazeutischen Industrie ein solches Ministerium als geeignet erscheint. Es liegt dabei sehr nahe anzunehmen, daß eine „ärztliche Oberleitung“ gerade gegen die Realisierung dieses Problems eine Gefahr bedeuten kann; denn die ärztlichen „Standesinteressen“, die sich auf einem sehr materiellen Boden bewegen, wurden im letzten Jahrzehnt zum Nachteil der Arbeiterpatienten oft recht unhuman zur Geltung gebracht. Wenn das schon unter einer juristischen Oberleitung möglich war, was kann dann nicht alles von einer ärztlichen Oberleitung erwartet werden!

Inwieweit das Reichsamt des Innern das Reichsversicherungsamt zu den Fragen des Arbeiterschutzes nachteilig beeinflusst; hat, ist wohl schwer zu übersehen. Aber durch Tatsachen bekräftigt steht unzweifelhaft fest, daß in diesem Amt viel zu langsam gearbeitet und ungemein viel Zeit verschwendet wird. Durch die jetzt neu geschaffene Organisation ist das Zusammenarbeiten des Reichsversicherungsamts mit dem Gesundheitsamt noch mehr unterbunden worden als vordem, wo beide Ressorts dem Reichsamt des Innern unterstellt waren. Das wird auch im Zusammenhang mit den Zielen zur Bevölkerungspolitik, des Gesundheitswesens und des Arbeiterschutzes auf einen anderen Teil der Ressorts, wie z. B. die Hygienisch-Technische Reichsanstalt und das Bauwesen zutreffen, wo diese doch als mitwirkend bei der Hygienetechnik und dem Wohnungsweisen in Frage kommen. Vor allem wird die Forderung zu betonen sein: das Gesundheitsamt auch dem Reichswirtschaftsamt mit zu unterstellen. In einem besseren und praktischen Zusammenarbeiten bliebe immerhin noch die Frage offen: Inwieweit das Gesundheitsamt mit dem Reichsversicherungsamt zu einer „Zentralstelle für Gesundheitswesen“ vereinigt oder auszugestaltet als möglich erscheint. Einer derartigen Zentralstelle würde aber auch eine erweiterte und mehr verantwortliche Selbständigkeit gewährt werden müssen. Als dringend erforderlich wird sich jetzt aber auch ergeben haben: das Reichsversicherungsamt mit den Berufsgenossenschaften von dem schleppenden Geschäftsgang zu den Fragen des Arbeiterschutzes zu befreien. Das könnte unschwer dadurch geschehen, daß durch einen Zusatz in der Reichsversicherungsordnung (§§ 87, 865, 857, 864) bestimmt wird, in dem Punkt einen Beirat, bestehend aus gleichen Teilen von Unternehmern und Arbeitern, einzufügen, der bei Einzelfragen zur Unfallverhütung ausregend und verantwortlich mit zu entscheiden hat. Denn wie die Erfahrungen offen bekunden, genügen hier, um schädliche Einflüsse und nachteilige Unterlassungen zu verhindern, die je zwölf nichtständigen Vertreter der Arbeitgeber und der Versicherten auf keinen Fall. Wie in diesem Zusammenhang sich zeigt, handelt es sich hier um äußerst wichtige Arbeiterinteressen, die auch dementsprechend im Reichswirtschaftsamt und im Bundesrat eine ernste Wahrnehmung erfordern. Denn wie vom Reichsversicherungsamt seitens zum Ausdruck gebracht wurde: „Ist die Wahrnehmung der Unfallverhütung die vornehmste Aufgabe der Berufsgenossenschaften“!

G. Feinle.

### Einmalige Feuerungszulagen im Gau Hamburg.

Beamten, Angestellten und Arbeitern des Hamburgischen Staates und der Stadtgemeinden Altona, Bergedorf und Wandsbek wird eine einmalige Feuerungszulage gewährt. Die Zulage beträgt in Hamburg, Altona und Bergedorf:

- a) für Verheiratete (oder Ledige, die Familienangehörigen Wohnung und Unterhalt gewähren: 200 Mk. und für jedes Kind 20 Mk.;
  - b) für Ledige (die nur für sich sorgen) 150 Mk.;
  - c) für Ledige, die mit Anspruch auf volle Verpflegung angestellt sind (wie Internen in den Krankenhäusern), 100 Mk.
- Die volle Zulage wird denjenigen gezahlt, die am 31. Dezember 1917 mindestens ein Jahr beschäftigt waren; bei kürzerer, aber mindestens dreimonatiger Beschäftigungsdauer wird für jeden Monat der letzteren ein Zwölftel der Zulage gewährt.

Wandsbek bewilligt die obigen Beträge für solche Personen, die am 2. Januar 1918 zwei Jahre im städtischen Dienst standen; die Hälfte der Beträge (also für Verheiratete 100 Mk. und für Ledige 75 Mk.), aber ohne eine Ständerzulage, für Personen mit nicht mehr als einjähriger Dienstzeit; für Verheiratete 50 Mk. und Ledige 35 Mk., wenn sie bis spätestens am 2. Juli 1917 in den städtischen Dienst traten; bei längerer als sechsmonatiger Beschäf-

tiigungszeit wird keine Zulage gewährt. Den in den städtischen Anstalten angehefteten Personen mit voller Verpflegung wird die Hälfte der zulage ihrer Dienstzeitdauer in Betracht kommenden Höhe gezahlt.

**Kriegsteilnehmern** aus dem Kreise der Beamten, Angestellten und Arbeiter (Denen der volle Lohn fortgezahlt wird, was bei Angestellten und Arbeitern der Fall ist, wenn sie ständig und mindestens ein Jahr ununterbrochen bis zum Einziehungstage beschäftigt waren und sie im eigenen Hausstand Angehörige versorgen, in dem sie diesen Wohnung und Unterhalt gewähren) wurde in Hamburg und Bergedorf die volle Zulage, in Altona die Hälfte derselben bewilligt.

**Wandsbek** zahlt den Kriegsteilnehmern die Zulage nur insoweit, als ihr „Militäreinkommen“ und Zivildiensteinkommen zusammen den Betrag der Zulage und des Zivildiensteinkommens zusammen nicht erreichen.

Auf einmal voll ausgezahlt wurde die Zulage in Hamburg und Bergedorf. In Altona sollte zunächst mit den Arbeitern eine Ausnahme gemacht, nämlich den Arbeitern die Zulage in vier Vierteljahresraten im Laufe des Jahres 1918 ausgezahlt werden, aber dieser Teil der Vorlage wurde dem Magistrat zur anderweitigen Regelung überlassen.

In **Wandsbek** wurde den Beamten, Angestellten und Arbeitern mit zweijähriger Dienstdauer die Zulage auf einmal gezahlt; diejenigen mit einjähriger Dienstdauer sollen sie in vier, diejenigen mit einhalbjähriger Dienstdauer in zwei gleichmäßigen Raten, jedes Vierteljahr eine Rate, und zwar die erste am 1. Januar 1918, empfangen.

Die **Hamburgische Senatskommission für Angelegenheiten der Staatsarbeiter** ließ den Vornämtern der Arbeiterauschüsse der Staatsbetriebe amtlich mitteilen, sie betrachte mit der einmaligen Feuerzulage die Anträge auf Erhöhung des Lohnzuschlags von 6 auf 12 Mk. wöchentlich für erledigt. Solange die Staatsarbeiterschaft nun mit der einmaligen Zulage reich, ist eine Mehrbewilligung nicht unbedingt nötig, nachher werden wir aber mit Anträgen, das Lohnverhältnis weiter aufzubessern, wiedertreten müssen. Wir bedauern, daß dies voranschreitlich schon bald eintreten wird. Bei Friedenslöhnen und Friedenspreisen standen wir uns besser. 58.

## • Rus Politik und Volkswirtschaft •

**Wahlreform mit allen Mitteln.** Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ vom 15. Februar veröffentlicht an leitender Stelle einen Artikel zur Wahlreform, in dem ausgeführt wird, die Reform solle ein „neues Rechtsverhältnis zwischen Volk und Staat“ zum Ausdruck bringen. Dann heißt es weiter:

„Die Staatsregierung hat von Anfang an keinen Zweifel darüber gelassen, daß sie der Wahlrechtsfrage diese große und grundsätzliche Bedeutung gibt und es deshalb als ihre Pflicht ansieht, dem Erlaß vom Juli des vergangenen Jahres die volle Durchführung mit allen Mitteln zu erstreben. Weil der Entschluß zur Wahlreform auf dem Kriegserlebnis selbst, auf seiner allgemeinpolitischen Beurteilung begründet ist, darum können ihr auch einzelne innerpolitische Ereignisse nicht erschüttern. Damit sind die Streitvorgänge gemeint, von denen gesagt wird, daß sie die Regierung von dem betretenen Wege nicht um Haarsbreite abbringen könnten. . . . Die Staatsregierung ist entschlossen, nur einem Verhandlungsergebnis zuzustimmen, das auf dem Boden der Regierungsvorlage ruht, und sie erwartet, daß ein solches Ergebnis im Wege der Verständigung erreicht wird. Die Einführung des gleichen Wahlrechts in Preußen verlangt nicht geringe Opfer an politischen Hebelwirkungen von großen Parteien, die sich um den preussischen Staat unvergeßliche Dienste erworben haben. Die Regierung fordert dies Opfer, aber sie weiß, daß sie nicht leichten Schadens, nicht in spontanem Entschluß gebracht werden können. Sondern sich in anhaltendem Austausch der Meinungen durchsetzen müssen. Das soll man auch im Lande, soll man vor allem auch da würdigen, wo das gleiche Wahlrecht von jeher gefordert worden ist. Nach den Erklärungen der Staatsregierung ist es selbstverständlich, daß sie zur Anwendung der besondern Mittel, die die Verfassung an die Hand gibt, schreiten wird, wenn es unvermeidlich und notwendig ist zur Erreichung des Zieles. Aber es ist ebenso selbstverständlich, daß sie solche Mittel nicht in Erwägung zieht oder gar etwa zu ihrer Anwendung sich drängen läßt, so lange Ausichten bestehen, die Wahlrechtsvorlage durch eine von Kampfmitteln unbeeinträchtigte Beratung und Verständigung der beiden gegebenden Körperschaften Preußens zur Annahme zu bringen. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Wahlrechtsvorlage ist nach wie vor so in Aussicht genommen, daß die nächsten Wahlen, d. h. die ersten Wahlen nach Kriegsende, nach dem neuen Wahlrecht vor sich gehen sollen. Auch dafür wird die Staatsregierung mit aller Kraft und mit allen gebotenen Mitteln eintreten.“

## Von der Liebe zum Buch.

Von dem jüngst verstorbenen österreichischen Genossen Engelbert Fernerstorfer finden wir im letzten Heft der „Soj. Monatshefte“ folgenden besinnlichen und beherzigenswerten Aufsatz:

**W**enn ich von Büchern rede, so rede ich vom Leben. Denn jedes Buch ist nur dann etwas wert, wenn es aus dem Leben kommt und ins Leben geht. Leben natürlich im weitesten Sinn. Der Unterschied, den man oft zwischen Menschen des Lebens und Menschen der Bücher macht, ist falsch. Heute gibt es kein Leben ohne Bücher mehr, und wer ein solches lebt, ist ohne Zusammenhang mit der Welt. In den Büchern ist so viel, was wir zum Leben brauchen, eingetragene, daß sie uns eine Notwendigkeit geworden sind. Lebensbetätigung ohne ihre Mithilfe gibt es nicht. Sie vermitteln uns unentbehrliche Kenntnisse der Technik, der Wissenschaft und geben uns, soweit sie Erzeugnisse der Kunst sind, etwas, was durch nichts anderes ersetzt werden kann. „Wer der Dichtkunst Stimme nicht vernimmt, ist ein Barbar, er sei auch, wer er sei.“ Ohne Buch keine Kultur, ja keine Kulturmöglichkeit. Es ist denkbar, daß ein Land der vielen Arten von Schulen entbehrt. Es wird sich diese durch die Bücher erobert, je ersehen. Carlyle hat gesagt: „Die Universität unserer Zeit ist die Bibliothek.“

Ueber all das braucht man nicht viele Worte zu verlieren. Nur dort wird man sich gegen das Buch wehren, wo man alte Abhängigkeitsverhältnisse aufrechterhalten will. Und selbst dort lenkt man schon ein, erkennt die Unerschlichkeit des Buches und sucht nur gewisse Bücher auszuschließen. Freilich, wer einmal liest, läßt sich selten mehr vordrängen, was er lesen sollte. Jedermann also braucht die Bücher. Jedermann benutzt sie. Aber nicht jedermann hat eine besondere Liebe zu ihnen. Es gibt viele, denen sie eine unumgängliche Notwendigkeit sind, nicht mehr. Und unter diesen gibt es nicht wenige, die voll des Spottes sind über die Büchernarren, wie sie sagen, über diejenigen, die eine tiefe, ja leidenschaftliche Liebe zu Büchern haben. Auf diese mühen sie die Worte Goethes:

„Das Pergament, ist das der heilige Bronnen,  
Woraus ein Trunk den Durst auf ewig stillt?  
Erquickung hast du nicht gewonnen,  
Wean sie dir nicht aus eigener Seele quillt.“

Aber diese Worte sagt Faust zu dem Bedanten Wagner, der selbst kein frisches Leben hat, der es also auch nicht aus dem Buch herausliest, zu Wagner, dem Urbild des Trägers einer toten Gelehrsamkeit, der „nach Schänen grabt und froh ist, wenn er Regenwürmer findet“. Und diesem Bedanten sind alle jene Bücherliebhaber verwandt, denen das Buch nichts ist als der Gegenstand einer zweck- und ziellosen Verehrung, in deren Gehirn und in deren Leben das Buch nie wirksam wird. Sie gleichen einer Warenverlagerung, deren Inhalt ewig an der selben Stelle liegen bleibt, so daß es ist, als ob sie gar nicht vorhanden wäre. Zu diesem Bedanten gehören auch jene Bücherliebhaber und Sammler, die um des Besitzes willen Bücher erwerben. Die zum Beispiel stolz darauf sind, alle Ausgaben eines berühmten Buches zu haben, ohne es selbst je gelesen zu haben. Ja, sie stehen noch tiefer als der gelehrte Bedant, der doch glaubt, der Wissenschaft zu dienen. Wenngleich ihre Sammelwut einen schönen Gegenstand betrifft, so ist sie doch jeder beliebigen anderen Sammelwut gleichzusetzen. Wie es ja Leute gibt, die Knöpfe sammeln. Nicht in die Reihe wirkliche Bücherliebhaber gehören die Sammler der Bücher wegen ihrer Einbände. Obwohl diese Sammelartigkeit einen guten Sinn hat. Sie geht nicht auf das Buch, das heißt keinen Inhalt, sondern auf sein Kleid, kann aber sowohl künstlerische wie technisch industrielle Zwecke haben, die sehr achtungswert sind.

Setzen wir also fest: Die Liebe zum Buch geht auf den Inhalt des Buches. Das ist so sehr die Hauptsache, daß dagegen alles andere in den Hintergrund tritt. Das ist für mich das Kennzeichen eines wahren Bücherfreundes: Das Buch mit einem großen, bedeutenden Inhalt wird er, wenn er es aus irgendwelchen Gründen nicht anders haben kann, auch dann in seiner Bibliothek an einem Ehrenplatz stellen, wenn es auf schlechtem Papier, mit schlechten Buchstaben gedruckt und geschmacklos gebunden ist. Ein Buch mit schlechtem Inhalt, aber in prächtigster Ausstattung wird er aus seiner Bibliothek hinaus-

### Aus den Stadtparlamenten

**Bilmersdorf.** Nach einem Beschlusse der Stadtverordnetenversammlung vom 13. d. M. erhalten Beamte und dauernd Angestellte einmalige Feuerungszulagen. Diese betragen bei einem Einkommen bis zu 9000 Mk. für Verheiratete 200 Mk. und für Ledige 150 Mk. Verheiratete erhalten außerdem noch 10 Proz. für jedes Kind. Diese einmaligen Zulagen erhalten jedoch nur die Empfänger der laufenden Kriegssteuerungszulage. Ein Antrag des Gekommenen Lüdemann, dem Bureauhilfskräften sowie den Arbeitern und Arbeiterinnen ebenfalls die einmaligen Zulagen zu bewilligen, wurde bezüglich der ersteren abgelehnt, hinsichtlich der Arbeiter dem Magistrat zur Erwägung überwiesen, da dieser allein imstande sei zu prüfen, ob und inwieweit die Notwendigkeit einer Lohnerhöhung für die Arbeiter vorliege.

### Aus unserer Bewegung

**Berlin.** (Erhöhung der Feuerungszulagen in den Gaswerken (Innen- und Außenbetriebe). Der Magistrat hat nacheinander den Vereinbarungen, die zwischen dem Arbeiterausschuß und der Direktion der Gaswerke getroffen worden sind, die Zustimmung erteilt. In dieser Woche dürfte in allen Betrieben bereits die Nachzahlung der Zulage erfolgen bzw. erfolgt sein. Die Erhöhung beträgt insgesamt 15 Pf. pro Stunde, und zwar werden 10 Pf. mit rückwirkender Kraft ab 1. Januar gewährt und am 1. März tritt eine weitere Erhöhung der Löhne um 5 Pf. pro Stunde in Kraft. Am 1. März werden demnach die Stundenlohnsätze in den Gaswerken Berlins sich wie folgt darstellen: Gasarbeiter 1,18 Mk., Feer- und Reinigungsarbeiter 1,16 bis 1,21 Mk., Motormaler 1,22—1,27 Mk., Schläder 1,22—1,29 Mk., Sandarbeiter 1,31—1,38 Mk., Motormaler 1,42—1,55 Mk., Werkstattdarbeiter 1,16—1,22 Mk., Frauen 0,88—0,93 Mk. pro Stunde. Die Lohnsätze der Schichtarbeiter sind ab 1. März folgende: Motormaler, Moblenfabrik 1,11 Mk., Feer- und Reinigungsarbeiter 1,06 bis 1,11 Mk., Feuerhausarbeiter 1,14 Mk., Betriebsmaler 1,14 bis 1,14 Mk. pro achtstündige Arbeitszeit. — In den Revier-Inspektionen gestalten sich die Lohnsätze ab 1. März wie folgt: Arbeiter unter 16 Jahren 0,83 Mk., Arbeiter von 16 bis 18 Jahren 1,01 Mk., Arbeiter über 18 Jahre 1,14—1,18 Mk., Schichtarbeiter 1,18—1,36 Mk., Schloßer und Rohrleger 1,18—1,30 Mk., Standaufnehmer 1,16—1,26 Mk. und Helfer 1,16—1,20 Mk., Arbeiterinnen unter 18 Jahren 0,83 Mk., über 18 Jahre 0,88 Mk. und Standaufnehmerinnen 0,93 Mk. pro Stunde. — Die Hand-

werker der Innenbetriebe erhalten bei sogenannten Affordarbeiten zum Stundenlohn einen Zuschlag von 50 Proz.

**Berlin.** (Lohnbewegung in den Wasserwerken.) Die Arbeiter der Wasserwerke haben eine Lohnforderung in Höhe von 20 Pf. pro Stunde eingereicht. Es haben bereits zwischen der Direktion und dem Arbeiterausschuß Verhandlungen stattgefunden, an denen, dem Druck der Arbeiter folgend, diesmal auch ein Vertreter der Organisation teilnehmen konnte. Bisher hat es der Herr Direktor, Regierungsrat Mühs, durchzusetzen gewußt, daß kein Vertreter der Organisation an den Verhandlungen teilnehmen dürfte. Das ließen sich die Arbeiter nun nicht mehr länger gefallen und von höherer Stelle aus erhielt der Herr Direktor einen entsprechenden Wink. — Und nun ging es mit einem Male. Daß man diese Verhandlung nun nicht als Arbeiterausschußhandlung, sondern eben als eine „Verhandlung“ bezeichnet, ist rasch benahe gleichgültig. Jedenfalls hat sich der Herr Direktor davon überzeugt, daß man mit Vertretern der Organisation sehr sachlich verhandeln kann. Wir haben Grund anzunehmen, daß sich auch hier ein ähnliches Verhältnis des gegenseitigen Verstehens herausbilden wird, wie es in anderen städtischen Betrieben bereits zum Vorteil beider Kontrahenten besteht. Ein endgültiges Resultat zeitigte diese Verhandlung nicht; der Herr Direktor erkannte jedoch die Wünsche der Arbeiter als berechtigt an und vertracht, diese dem Magistrat zur Annahme zu empfehlen. Wir geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Zustimmung des Magistrats in Kürze erfolgen möge.

**Frankfurt a. M.** Am Dienstag, den 5. Februar, tagte im Gewerkschaftshaus die Generalversammlung der Filiale, die sehr gut besucht war. Der Gauleiter Kollege H. H. de gab zunächst ein sehr ausführliches Bild über den jetzigen Stand der Organisation im Vergleich zu den Jahren 1911—1916. Dabei zeigte es sich, daß wir ein ganz hervorragendes Vorwärtsschreiten unseres Verbandes zu verzeichnen haben. Aus dem Geschäfts- und Massenbericht war z. B. zu ersehen, daß die Mitgliederzahl infolge der zum Decreesdienst eingezogenen über 100 Proz. gestiegen ist — ein Zeichen von Fleiß und Pflichttreue unserer Vertrauensleute. Es wurden abgehalten 11 Sitzungen und 16 Versammlungen. Der Zugang an Mitgliedern betrug 182 männliche und 108 weibliche, zusammen 290, so daß ein Bestand am Schluß des vierten Quartals 1917 von 2301 Mitgliedern verbleibt, davon im Decreesdienst 1059. Das ergibt gegenüber dem zweiten Quartal 1914 mit 1521 Mitgliedern ein Mehr von 777 Mitglieder. Die Mitgliederzahl verteilt sich auf 1021 männliche, 217 weibliche und 4 Jungmädchen. Die Gesamteinnahme betrug 11 178,25 Mk., die Gesamtausgabe 4225,54 Mk. Gezahlt wurden an Steuerunterstützung 390,— Mk., an Krankenkassenunterstützung 1121,75 Mk., an Arbeitslosenunterstützung 8,75 Mk., zusammen 1490,50 Mk. Der Markenumsatz stieg von 8790 Stück auf

werfen, es sei denn, daß es einen besonderen kulturgeschichtlichen Wert habe.

Es soll bei dieser Gelegenheit mit Nachdruck darauf hingewiesen werden, daß die Frage der Buchausstattung heute allzusehr sich vor- drängt. Nicht das leiseste Wort soll gegen die mannigfachen Bestrebungen gesagt werden, die darauf hinauslaufen, dem Buch eine gute, schöne äußere Form zu geben. Sie sind ein Zeugnis dafür, daß der künstlerische Geschmack wieder auf eine höhere Stufe gekommen ist. Was da die moderne gewerbliche Kunst neben vielen freilich auch oft grotesken Ausartungen auf dem Gebiet des Buches leistet, ist aller Anerkennung wert. Aber auch da wäre noch vieles zu tun. Wir müssen da noch mehr in die Schule der Engländer und Franzosen gehen. Man bekommt heute antiquarisch noch viele gebundene Bücher aus dem 18. Jahrhundert. Wie einfach, zierlich und künstlerisch sind diese Einbände, wie praktisch binden die Franzosen. Freilich auch teuer. Das Ideal des Einbands scheinen mir die Engländer zu liefern. Vor allem haben sie die glatten Ganzleinwandbände. In England selbst gelten sie gar nicht für Einbände. Aber sie sind gut und haltbar, und eine in Einband und Format gleichmäßige Reihe solcher Bände im Schrank macht einen guten Eindruck. Da neben haben sie Prachtbände. Bei uns herrscht bei den Einbänden dieselbe verwirrende Mannigfaltigkeit wie bei den Formaten. Wer ein Buchliebhaber ist, wird nicht gern ein ungebundenes Buch in seine Bibliothek stellen. Daher ist die Frage des Einbands wichtig. Man sollte auf die einfachen englischen Ganzleinwandbände dringen, etwa wie sie Der junge Goethe von M. Morris im Inselverlag hat (der die früher so beliebten Papptbände verwendet).

Wer Bücher liebt, muß sich auch über die Frage des Einbands aussprechen. Aber (darauf will ich immer wieder zurückkommen) die Hauptsache ist der Inhalt. Nun wird der leidenschaftliche Bücherfreund ja so manches Buch kaufen, das er nicht sofort liest. Aber das für den Kauf Maßgebende muß sein, daß er sicher hofft, die Zeit zu seiner Lektüre noch zu finden. Wobei er sich, wenn er wie ich ein alter Mann ist, ja vielleicht täuschen kann. Aber ich kann sagen: Ich habe mir nie in meinem Leben ein Buch gekauft, ohne die Absicht, es zu lesen, nie ein Nachschlagewerk, ohne es zu benutzen.

Die Liebe zum Buch fordert notwendig das Streben nach dem Besitz. Dieser Besitzdrang ist weit entfernt von der Besitzgier, die ein so hervorstehendes Merkmal unserer Zeit ist. Er ist ideal. Denn das geliebte Buch wird ein Teil meines Selbst. Auch lehre ich immer wieder zu ihm zurück. Ich muß meine Bücher um mich haben. Sie bilden meine Dienerschaft und meinen Hofstaat. Sie sind meine Freunde, mit denen ich plaudere, sie sind meine mir so unentbehrlich gewordenen Gegner, mit denen ich streiten will, sie sind mein Harem und mein Lustgarten. Bin ich mit ihnen allein, so kann ich alle Gesellschaft entbehren: Ich bin dann in der besten, in meiner eigenen und in der der ersten Geister der Welt. Jeder Zeitabschnitt der Geschichte hat nur wenige dieser Größen hervorgebracht, und ich habe sie in derselben Stunde alle auf einem Fleck. Ich kann ihre Gutachten hören, ihre Zustimmung und ihre Einwendungen. Sie müssen mir antworten. Nehmt mir die Freiheit, sperrt mich ein: Das wird mich hart treffen. Aber laßt mir meine Bücher, und ich werde alles ertragen.

Der Leser dieser Zeilen wird vielleicht spöttisch zu mir sagen: Hör, bist du nicht auch ein Redant? Bist du nicht, statt etwa ein Buchliebhaber, ein wahrer Bücherwurm? Ist deine Bücherliebhaberei nicht übertrieben?

Darauf sage ich: Nein. Niemand hat so das Leben geliebt wie ich. Wenn dir draußen die Sonne lacht, wenn dir draußen die Wälder rauschen, wenn dir draußen die Freude winkt, vor allem aber, wenn draußen dich das Leben gebieterisch ruft, wenn es den Kampf und die Tat gilt, dann wirf sie weg, die über alles geliebten Bücher und stürze dich ins „Rauschen der Begebenheit“. „Am Anfang war die Tat“, wird immer die Lösung der Menschheit bleiben.

Aber der wildeste Kampf ebbt ab, im lauesten Streit gibt es eine stille Stunde. Dann kommst du aus dem tobenden Leben in dein ruhiges Buch und sieh: es spiegelt dir das ganze Leben wider. Alles, was du erlebt hast und zu erleben dich sehnst. Dein geliebtes Buch ist nicht die Abkehr vom Leben: Es ist selbst echtes Leben. Und du bist dir dessen bewußt, daß deine Liebe zum Buch ein Teil deines Wesens und nicht der schlechteste ist.

11084 Stück, das ist ein Mehr von 5354. Die Zahl der retirierenden Mitglieder ging um 113 herunter. Nach Entgegennahme des Geschäfts- und Massenberichtes wurde die Wahl der Ritalleitung vorgenommen, und zwar auf Wunsch der Anwesenden per Stimmzettel. Mit Ausnahme von zwei zum bisherigen Vorstand gehörigen Mitgliedern wurden Schriftführer, Kassier usw. neu gewählt. Unter Verbandsangelegenheiten entspann sich eine lebhaft Diskussion, welche zeigte, daß das Interesse für das Wohl und Wohlfahrt unserer Organisation in dieser so schweren Zeit nicht nur nicht erloschen ist, sondern daß wir kampfesfroh und gewappnet der Zukunft fest ins Auge schauen.

**Freiburg i. S.** Der Vorstand eröffnete die Generalversammlung am 22. Januar. Anwesend waren nur 11 Mitglieder. Mölge Müller erstattete Bericht über die Massenbestände. Mölge Wöhme wies auf den noch guten Bestand der Ritalie hin und forderte die Kollegen von Herzen auf, recht innig zum Verbandswohl zu halten und ihn zu fördern. Sodann erfolgte die Neuwahl. Als Schriftführer wurde Fleckl gewählt, bei den sonstigen Ämtern blieb es beim alten. Darauf forderte unser Gauleiter Preißler alle Kollegen erneut auf, treu zur Organisation zu stehen und zur Vermehrung der Mitglieder innerhalb der Ritalie beizutragen. Auch ging der Gauleiter auf unsere letzte Lohnbewegung und deren Ergebnis ein, welches nicht jeden Kollegen befriedigt hatte. Die Versammlung verlief sehr befriedigend.

**Meißen.** Ältere Kollegen hatten durch den Arbeiterausschuß eine Lohnerhöhung von 10 Pf. für die Stunde beantragt. In seiner letzten Sitzung nun hatte sich das Stadtverordnetenkollegium mit einer Ratsvorlage zu beschäftigen, nach welcher den sämtlichen städtischen Arbeitern die Feuerungszulagen erhöht werden sollen, und zwar für Ledige monatlich 25 Mk., Verheiratete ohne Kinder 40 Mk. (bisher 24 Mk.) und für jedes Kind monatlich 5 Mk. Diese Zulagen sollten ab 1. Dezember 1917 gewährt werden; jedoch wurden die Kriegsausbehalter ausgeschlossen. Stadtv. Göttdner (Soz.) hielt diese Zulagen überhaupt für zu niedrig; es wäre seiner Meinung nach richtiger gewesen, die Stundenlöhne aufzubessern, die weit niedriger sind als in der Privatindustrie. Ungerecht sei es auch, die Kriegsausbehalter auszuschließen; denn diese müßten doch die gleichen Preise für die Lebensmittel bezahlen wie alle anderen Arbeiter. Früher habe der Rat erklärt, daß die Bauamtsarbeiter im Lohn mit den privaten Bauarbeitern gleichzustellen seien. Heute aber wären die Löhne im Stadtbaumamt um 13 Pf. pro Stunde niedriger. Er beantragte deshalb: 1. die Feuerungszulage ab 1. Juli 1917 rückwirkend zu bewilligen, weil die Beamten die Zulagen ebenfalls ab 1. Juli erhielten, 2. die Kriegsausbehalter nicht auszuschließen und 3. die Bauamtsarbeiter im Lohn mit den privaten Bauarbeitern gleichzustellen. Der Oberbürgermeister erklärte, daß die Zulagen an die Arbeiter im Verhältnis die gleichen wären wie an die Beamten, und die Kriegsausbehalter wären deshalb ausgeschlossen, weil sie höhere Stundenlöhne erhielten. Wegen der Gewährung ab 1. Juli hätten sich alle Direktoren der städtischen Betriebe ausgesprochen, da die Mehrausgaben doch nicht hinterher von den städtischen Kunden eingezogen werden könnten. Darauf erwiderte Stadtv. Schmidt (Soz.) ganz mit Recht, das Verhalten der Direktoren sei recht sonderbar, und wenn die Herrschaften konsequent wären, dann müßten sie ihre Zulage ab 1. Juli auch zurückweisen; denn auch diese Summen würden in die städtischen Rechnungen mit einfließen. Das Kollegium beschloß denn auch, den Arbeitern die Zulagen rückwirkend ab 1. Juli 1917 zu gewähren. Die beiden anderen Anträge wurden leider abgelehnt. Stadtv. Schmidt (Soz.) kritisierte noch, daß trotz wiederholter Eingaben und Weisungen der Stadtverordneten die Arbeiterkassier der Stadtdärtnerei im Lohn um 2 Pf. niedriger stehe als die übrigen städtischen Arbeiter. Obgleich der Wirtschaftsausschuß bereits einen entsprechenden Beschluß gefaßt habe, sei noch keine Änderung eingetreten. Er verlange nun, daß das endlich erfolge. — Die Eingabe unserer Kollegen ist also nicht ohne Erfolg gewesen.

### • Aus den deutschen Gewerkschaften •

**Berufung in den Reichsausschuß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte.** Der Bundesrat hat den Angehörigen des Transportarbeiterverbandes, jetzigen Arbeiterbeirat der Seevereinigungsgenossenschaft Paul Müller-Hamburg als ständiges Mitglied in den Reichsausschuß für den Wiederaufbau der deutschen Handelsflotte berufen. Das Organ des Transportarbeiterverbandes begrüßt diesen Schritt des Bundesrats um deswillen mit besonderer Freude, weil der genannte Reichsausschuß auch über die Ansprüche der Seeleute auf Weisung für die durch kriegerische Maßnahmen verlorenen Seemannsweihen (in Form von Vorschlägen an den Reichskanzler) zu entscheiden hat.

**Urabstimmung im Tabakarbeiterverband.** Der Vorstand des Tabakarbeiterverbandes unterbreitet den Mitgliedern eine Vorlage über Neuregelung der Beiträge und Unternehmungen, über die in der Woche vom 3. bis 10. März durch Urabstimmung entschieden werden soll. Die neuen Beiträge sollen 25, 50 und 75 Pf. in der Woche nach der Entlohnung betragen.

### • Volksversicherung •

**Es geht vorwärts bei der Volksfürsorge!** Der Monat Januar brachte wieder eine erfreuliche Steigerung des Neuzugangs. Es wurden im ganzen 5184 Versicherungsanträge eingereicht, davon 4770 auf Kapital- und 414 auf Spar- und Mißversicherungen. Das bedeutet gegen den Vormonat Dezember (den besten während des ganzen Krieges) mit 4333 Neuanträgen noch eine Zunahme von 851 Anträgen. Die dauernde Hebung des Versicherungsbestandes garantiert eine außerordentliche Sicherung der Gesellschaftsentwicklung der jungen Gesellschaft, die sich einer wenig struppelosen Konkurrenz zu erwehren hat. Wie armfelig und gewissenlos zugleich die Mittel der Konkurrenz sind, geht daraus hervor, daß z. B. heute noch ein Vertreter der großen Gesellschaft „Victoria“ mit einem Artikel eines Herrn G. Fournis gegen die Volksfürsorge arbeitet, den dieser Herr im August 1911 zur Verabschiedung der Volksfürsorge schrieb, worin er in ganz unwarbaren Ausführungen den Geschäftsbericht über das halbe Jahr 1913 behandelte und dessen Inhalt die Direktion der „Victoria“ schon im Jahre 1913 mißbilligte.

### • Internationale Rundschau •

**Londoner Konferenz der alliierten Sozialisten.** Am 21. Februar versammelten sich die Vertreter der sozialistischen und Arbeiterparteien der Verbandsmächte zu einer Konferenz mit folgender Tagesordnung: 1. Beratung über die von der Londoner Arbeiterkonferenz am 28. Dezember 1917 angenommenen Kriegsziele Deutschlands, sowie über die Zusatzanträge der vertretenen Länder, 2. Unterfuchung der Frage, ob die Einberufung einer internationalen Konferenz zeitgemäß ist, 3. Welche Gründe sprechen gegen eine Beteiligung der Arbeiter am Friedenskongreß? Und soll eine sozialistische Alliertenkonferenz oder eine internationale Arbeiterkonferenz einberufen werden nach demselben Ort und in derselben Zeit, wo der offizielle Friedenskongreß tagen wird?

**Arbeiterausbehalter in Schweden.** Die schwedische Regierung hat eine Kommission eingesetzt, die Arbeiterausbehalter ausarbeiten soll, insbesondere den Entwurf zur Einführung eines Normalarbeitstages, zur Einschränkung oder Abschaffung der Nachtarbeit, zur Gewährung von Ferien für die Arbeiter und zur staatlichen Fürsorge für Arbeitslose.

### • Rundschau •

**Frauenarbeitsbearbeitung und Jugendfürsorge.** Eine Tagung des Kriegsausschusses zum Schutze aufständischer Kinder leuchtete in den ganzen Komplex von Fragen der großstädtischen Kinder- und Jugendfürsorge hinein, die die zunehmende Frauenarbeitsbearbeitung im Geolge hatte. Der Kriegsausschuß ist vor ungefähr Jahresfrist als Zusammenfluß aller Groß-Berliner Organisationen, die auf dem Gebiet der Jugendfürsorge tätig sind, gegründet worden. Er bezweckt die Befriedigung des Bedürfnisses zur Unterbringung aufständischer Kinder von einer Zentralstelle aus und das planmäßige Zusammenarbeiten aller genannten Organisationen in der Befriedigung dieses Bedürfnisses. Demgemäß stellte sich der Kriegsausschuß die Aufgabe, die bereits bestehenden Einrichtungen zur Verabreichung von Kindern zu fördern, erforderlichenfalls neue ins Leben zu rufen und die dazu benötigten Mittel zu beschaffen und bereitzustellen.

Durch Sammlung sind dem Ausschuß für das vergangene Jahr rund 165.000 Mk. zugegangen, die im wesentlichen für Erweiterung von 21 bestehenden und Gründung von 21 neuen Heimen vorausgab worden sind, so daß es einer neuen Sicherstellung von Zuschüssen bedarf, die aber bereits in genügender Höhe wieder in Aussicht zu stehen scheinen.

Mit der Erhaltung und Neugründung von Sorten ist aber, wie aus den bei der Versammlung erstatteten Berichten hervorging, die Aufgabe keineswegs erschöpft. Die bisher unerhörte Ausdehnung der Frauenarbeit hat die Gesichtspunkte für Aufnahme und Bewahrung der Kinder von Seiten der Sorten vollkommen verschoben. Eine von der Zentrale für Jugendfürsorge angestellte Umfrage, die hauptsächlich den Lehrern oblag, hat ergeben, daß ungefähr die Hälfte aller fürsorgebedürftigen Kinder nicht unter Aufsicht stehen. Andererseits sind in den Sorten und Altkinderbewahranstalten eine Menge Kinder, die zu Hause der Aufsicht nicht zu entraten brauchen. Es ergibt sich für die Sorten also die unabweisliche Pflicht, unabweisung alle Kinder zu entlassen, die schwerer Gefährdeten ungeschützt, welche den Platz verperrern, so schwer das der Sortenleiter bei einzelnen Kindern auch werden mag. Die Aufnahme soll aber eben nur noch einzig von dem Prinzip geleitet sein, die schwer arbeitende Frau in ihren mütterlichen und häuslichen Pflichten zu entlasten.

Dadurch erweitert sich der Pflichtenkreis der Sorten auch infolgedessen, als am pünktlichen Schluß und Beginn des Mittagsbrottes nicht ausgehalten werden kann. Die Kinder sollen eben einfach

so lange im Ort gehalten werden, als angenommen wird, daß die Mutter nicht zu Hause ist. Mit Wegfall des Verbots der Nacharbeit hat sich natürlich die Notwendigkeit von Einrichtung von Nachheimen ergeben, deren in Berlin mehrere in Gang sind.

Mit Ausdehnung des Betriebs der Kinderhorte und Heime auf alle Tages- und Nachzeiten sind die neuen Anforderungen an dieselben nicht erschöpft. Auch der innere Betrieb stellt neue Aufgaben in dem Maße, als es den arbeitenden Frauen durch übermäßige Inanspruchnahme oder durch die bekannten sich stets häufenden Kriegserleichterungen immer unmöglicher wird, den Kindern diejenige Sorgfalt und körperliche Pflege angedeihen zu lassen, die als Mindestforderung für Schule und Horte aufgestellt werden muß. Der Seifenmangel, Knappheit und Teuerung von Heizmitteln, die auf die Beschaffung von warmem Wasser zurückwirken, machen sich bei der Körperpflege der Kinder schwer fühlbar. Ganz davon abgesehen, daß manche Mütter, wie sie Vorleiterinnen schon des öfteren klagen, ihre Kinder gar nicht mehr am hellen Tage, sondern nur in kurzen Nachtstunden sieht. Dann kommt dazu die Schwierigkeit der Beschaffung von Wäsche, Kleidern und Schuhwerk und ihre Instandhaltung, was alles jetzt Anforderungen stellt, die eine schwer arbeitende Frau neben ihrem Beruf kaum mehr erfüllen kann.

Andererseits wächst für die Gesamtheit der Kinder im Ort bei solchem Niedergang von Sauberkeit und Hygiene die Gefahr der Verkeimung der Anstalten. Es ist deshalb in weit ausgedehnterem Maße als früher jetzt Aufgabe der Horte geworden, die Körperpflege der Kinder zu übernehmen. Was das bedeutet, geht daraus hervor, daß einzelne Horte eine besondere bezahlte Hilfskraft, eine Krankenschwester, zur Entlastung der Mütter und ihrer Kleider angestellt haben.

Die vom Kriegsausschuß aufgestellten Richtlinien für Kinderheime und Flüchtlingsstellen tragen all diesen, durch die Erwerbsarbeit der Frauen vermehrten Bedürfnissen in weitgehendem Maße Rechnung. Wird die auf der Versammlung aufgestellte Forderung der Entlastung der Heime von allen Kindern, die des Schutzes nicht dringend bedürfen, durchgeführt, so läßt sich wirklich sagen, daß für die gefährdeten Kinder Groß-Berlins alles getan ist, um ihnen, so weit als heute möglich, die Mutter zu ersetzen.

Die größte Sorge wendet sich also nicht den Anstalten selbst, sondern dem Umstand zu, daß sie nicht in der richtigen Weise ausgenutzt werden. Und das zum Teil daher, weil die Mütter gar nicht wissen, wie und wo sie die Kinder unterbringen können. Es sind daher auf Anregung des Kriegsausschusses die Fabrikvorgesetzten vom Oberkommando in den Werken angehalten worden, in jedem Fall von Neueinstellung von Arbeiterinnen von vornherein bei der Arbeiterin auf geeignete Unterbringung ihrer Kinder hinzuwirken. Wenn es bisher auch nicht immer sich als wirksam erwies, so erscheint doch dieser Weg als der aussichtsreichste, die des Schutzes bedürftigen Kinder von Arbeiterinnen zu erlassen.

**Zur Umformung der deutschen Ernährungswirtschaft.** Der Kriegsausschuß der Deutschen Landwirtschaft hat dem Kriegsernährungsamt bekanntlich eine Reihe von Vorschlägen unterbreitet, die auf eine stärkere Beteiligung der landwirtschaftlichen Berufsverbände an der Ordnung des Lebensmittelmarktes hinauslaufen. Durch Beteiligung der landwirtschaftlichen Genossenschaften soll im Interesse der Verbraucher eine bessere Erhaltung der Landwirtschaftlichen Erzeugnisse erreicht werden. Zu diesen Vorschlägen hat sofort nach ihrem Bekanntwerden die Generalkommission der Gewerkschaften dem Kriegsernährungsamt die folgende Eingabe übersandt: Grundsätzlich erscheint uns die größere Veranziehung landwirtschaftlicher Genossenschaften für die Ermittlung der Anzeugschlüsse, die Festsetzung der Abgabe der landwirtschaftlichen Erzeugnisse und ihre Erhaltung als durchaus empfehlenswert. Aber wir müssen uns sehr dagegen wenden, daß diese Genossenschaften und die von ihnen empfohlene Ausdehnung ihrer Organisation berufen werden, selbständig über die Erhaltung der Produktion zu bestimmen. Grundsätzlich muß daran festgehalten werden, daß die Aufsicht über das Maß der Ablieferung und die Kontrolle über das ganze Geschäftsgebarung der Genossenschaften der Verwaltungsbehörde übertragen wird. Die Genossenschaft kann nur ausführendes Organ sein. Sie würde, wenn sie selbständig handelte, wohl nicht in allen Fällen die vollständige Erhaltung der Produktion herbeiführen können. Zu dieser Auffassung kommen wir von der Erwägung ausgehend, daß die von den Genossenschaften angestellten Beamte unabhängig sind von den die Genossenschaft bildenden Landwirten. Jedes strenge Vorgehen eines solchen Beamten gegen ein Genossenschaftsmitglied könnte ihm erhebliche Nachteile eintragen, und er wäre somit nicht in der Lage, seine Pflichten ungehindert auszuüben. Die vorgesehene Organisation soll nach den Vorschlägen des Kriegsausschusses der Deutschen Landwirtschaft in der Vereinigung der Deutschen Bauernvereine, des Bundes der Landwirte und der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft ihre Vertretung haben. Zuerst vermüssen wir bei diesem Vorschlag auch eine Vertretung der Verbraucher, die wir für dringend notwendig erachten. Außerdem aber würden wir nicht empfehlen, diese Aufgaben, die im wesentlichen politische Aufgaben erfüllen, mit der Vertretung zu betrauen, es sei denn, daß sie genossenschaftliche Einrichtungen geschaffen haben und aus diesen Genossenschaften heraus eine Vertretung bestimmt wird. Die Errichtung einer Reichsstelle

erscheint uns für die Organisation nicht erforderlich. Hier muß die ungeschulte Tätigkeit des Kriegsernährungsamts aufrechterhalten werden. Auf die Einzelheiten der Organisationsvorschläge wollen wir an dieser Stelle nicht eingehen, da sie in der Eingabe ziemlich allgemein gehalten sind. Wir halten es für dringend notwendig, daß die Erhaltung der landwirtschaftlichen Produktion allgemeine durchgeführt wird, Härten vermieden werden, aber auch das Gesamtinteresse der großen Masse der städtischen Bevölkerung Berücksichtigung findet. Gegen das Ueberhandnehmen des Schleichhandels wird die bessere Erhaltung und die gleichmäßige Verteilung der Nahrungsmittel den besten Schutz bieten. Wenn das empfohlene System diese Aufgaben in den Vordergrund stellt und die Organisationen, die dazu berufen sind, die Gewähr dafür übernehmen, sich in diesem Sinne zu betätigen, dann würden unsere Bedenken, die wir gegen den Vorschlag geltend machen müssen, sehr erheblich zurücktreten.

**Neufestsetzung der Durchschnittswerte der Sachbezüge.** In der sozialpolitischen Gesetzgebung gelten Sach- und Naturalbezüge, die statt des Gehaltes oder Lohnes oder neben ihm von dem Arbeitgeber oder einem Dritten gewährt werden (und sei es auch nur gewohnheitsmäßig) als anrechnungsfähiges Entgelt. Einige Gesetze sehen deshalb vor, daß die Durchschnittswerte der meist vorkommenden Sachbezüge von den Versicherungsämtern oder den unteren Verwaltungsbehörden festgesetzt werden. Die letzten Festsetzungen geschahen noch in der Friedenszeit, sie sind inzwischen von der gewaltigen Verteuerung des Lebensunterhalts längst überholt worden. So trifft man nicht selten für gänzlich freie Verpflegung und Wohnung für erwachsene männliche Arbeiter nur 1 Mk. pro Tag festgesetzt. Der Durchschnitt dürfte 1,25 bis 1,50 Mk. sein, für erwachsene weibliche Personen 1 Mk. bis 1,25 Mk. Der Verband der Hausmissetellen, die ein ganz besonderes Interesse an einer zureichenden Festsetzung des Wertes dieser Bezüge haben, hat vor einiger Zeit die zuständigen Behörden um eine Neueinstellung ersucht, ist aber allenthalben abgewiesen worden. Auch der Hauptverband der Ortskrankenkassen ließ durch die einzelnen Massen den Behörden ein gleiches Gesuch zugehen, das aber den gleichen geringen Erfolg hatte.

Jetzt haben die preussischen Minister für Handel und Gewerbe und für Landwirtschaft unterm 12. Januar 1918 einen Erlaß herausgegeben, in dem darauf hingewiesen wird, daß die geltenden Festsetzungen wegen der gegenwärtigen Teuerung aller Lebensbedürfnisse häufig in keinem Verhältnis zu den tatsächlichen Kosten der Sachbezüge mehr stehen. Die Beibehaltung der früher festgesetzten Preispreise bedeute daher eine schwere Schädigung der Versicherten. Das gelte nicht nur für die Krankenerwidderung, sondern auch für die Unfall-, Invaliden- und Hinterbliebenenversicherung. Die Krankenkassen hätten deshalb wiederholt darüber geklagt, daß die Versicherungsämter ihre Anträge auf Erhöhung der Preispreise ablehnen. Es müsse aber als angezeigt angesehen werden, die früher getroffenen Festsetzungen einer Nachprüfung zu unterziehen. Zur Vereinfachung der vorhandenen Verhältnisse werden die Oberversicherungsämter ersucht, die (unteren) Versicherungsämter mit entsprechenden Weisungen zu versehen. Im übrigen gibt der Erlaß einige Anweisungen über das Verfahren.

Es wird nun Aufgabe der Krankenkassen, Gewerkschaftskartelle und ähnlicher Stellen sein, an die zuständigen Versicherungsämter zu Brechen in Städten mit mehr als 10 000 Einwohnern der Magistrat, im übrigen der Landrat mit Anträgen und Vorschlägen für die Neufestsetzung heranzutreten. Ein Mangel ist dabei, daß der einschlägige § 160 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung keine näheren Vorschriften über das Verfahren, wie z. B. Anhören der Beteiligten usw., gibt.

**Arbeiterschutz oder Nachrichtenschwinbel.** In Berlin hat sich ein „Arbeiterschutzverband“ gebildet, der, wie aus einem von ihm veröffentlichten Aufrufe hervorgeht, am 30. Januar 1918 „nach dreijähriger Vorarbeit“ seine „öffentliche Tätigkeit“ aufgenommen hat. Welcher Art diese „Vorarbeit“ gewesen ist und welcher Art die „öffentliche Tätigkeit“ sein wird, erfährt man aus dem Blättchen des Bundes, das sich „Arbeiterschutz-Zeitung“ nennt und dessen zweite Nummer uns vorliegt. Auf dem Inhalt in seiner Allgemeinheit brauchen wir nicht einzugehen. Er stellt sich als eine fortgesetzte Beschimpfung der Arbeiterbewegung nach reichsverbändlerischen und gelben Methoden dar, wobei ein bisher noch unerreichter Rekord an Ungeheuerlichkeiten und Unverschämtheiten erreicht wird. Als Herausgeber zeichnet ein in weitesten Kreisen unbekannter Herr B. Freund, Berlin. Wir würden uns mit dem Geschreibsel nicht weiter beschäftigen, wenn das Blatt inmitten einer ganzen Serie von Unwahrheiten nicht folgende Behauptungen aufstellte:

„Am Donnerstag, den 24. Januar, nach der Reichstagsauswahlung, traten im Reichstage die beiden sozialdemokratischen Parteien gemeinsam zusammen, das erstmalig seit ihrer Trennung und beschlossen einmütig, den Streik zu fördern und in die Hand zu nehmen.“

Um die Verübrung mit dem Urheber dieser Behauptung, so bemerkt dazu der „Vorwärts“, möglichst abzukürzen, stellen wir in ihrer Kürze fest: Diese Behauptung ist von dem eriten bis zum letzten Buchstaben erfunden. Es hat weder die geschiderte, noch eine ähnliche Zusammenkunft stattgefunden. Am 24. Januar ist überhaupt keine Versammlung gewesen.

**Wohnungsnot und Ziegelbeschaffung.** Gegenwärtig bringt beinahe jeder Tag eilige und dringliche Aufgaben im Wohnbauwesen, unter die eiligsten und dringlichsten aber gehören Vorträge zur Wiedereingliederung der Ziegelfabrikation. Gegenüber der zu erwartenden Wohnungsnot muß nach Eintritt des Friedens schleunigst gebaut werden, zum Bauen aber gehören Ziegelsteine. Wo jedoch diese hernehmen? Diese Frage behandelt eine eilige Eingabe, die der Deutsche Verein für Wohnungsreform und die Kriegswirtschaftliche Vereinigung in Berlin vor kurzem gemeinsam an Bundesrat und Reichstag gerichtet haben. Es heißt da: „Kennenswerte Vorräte an fertigen Ziegeln dürften im Augenblick des Friedensschlusses nicht mehr vorhanden sein, andererseits braucht es aber zur Neubereitstellung von Ziegeln längere Zeit. Werden daher die nötigen Vorträge für eine größere Ziegelerzeugung nicht rechtzeitig getroffen, so kann aus Mangel an Ziegeln erst im Frühjahr 1919 die eigentliche Bauperiode beginnen und eine größere Zahl von Wohnungen erst im Herbst 1919 auf den Markt gebracht werden. Die Folgen einer solchen Verzögerung brauchen nicht näher dargestellt zu werden, sie könnten geradezu unabsehbar werden. Gegenwärtig arbeiten von den rund 10.000 deutschen Ziegelfabriken nur noch etwa 7 Proz., 93 Proz. sind geschlossen, ungenutzt die 8000 kleinen ländlichen Ziegelfabriken, die ebenfalls nicht mehr arbeiten. Die Verhältnisse werden dadurch noch ungünstiger, daß unter den wenigen noch im Gange befindlichen Ziegelfabriken eine größere Anzahl Hefenziegelfabriken sind, die nur für bestimmte Vertriebe, nicht aber für den offenen Markt arbeiten. Nach alledem muß die dringende Forderung erhoben werden, unzugänglich die notwendigen Vorträge zu treffen, um die Lieferung einer ausreichenden Menge von Ziegeln alsbald nach Friedensschluß zu sichern. Hier sei nur betont, daß notwendig sind: 1. Die sofortige Bereitstellung von Arbeitskräften, namentlich auch von Gefangenen, für die Instandsetzung und den Betrieb der Ziegelfabriken; 2. die Zuweisung von Rohstoffen an die Ziegelfabriken für den Zeitpunkt, wo das Brennen der Ziegel wieder beginnt (etwa Mitte Mai). In Ergänzung möchten wir hierzu noch bemerken, daß auch eine sofortige Zuweisung von Stehlen an diejenigen Ziegelfabrikanten, die bereits zum Brennen fertige Ziegel bereit stehen haben, erforderlich erscheint. Unserer Kenntnis nach handelt es sich hierbei um nicht unbedeutende Mengen. Endlich dürfen wir noch darauf hinweisen, daß für die Bereinigung von Altstandorten, die einen zwar der Menge nach bei weitem nicht ausreichenden, aber doch immerhin stark ins Gewicht fallenden Ertrag für Ziegel bilden, ebenfalls die Zuweisung von Arbeitskräften und von Stehlen erforderlich ist.“

**Ablösung von Kriegswitwen.** Den Witwen, die aus Anlaß des gegenwärtigen Krieges Kriegswitwenlohn beziehen, kann für den Fall der Wiederverheiratung eine Ablösung bis zu 5% des dreifachen Betrages der Kriegsversorgung gewährt werden.

Die Witwen betragen:

1000	Mfl.	für die Witwe eines Gemeinen,	
1250	"	"	Unteroffiziers oder Sergeanten,
1500	"	"	Feldwebels oder Vizefeldwebels,
3000	"	"	Leutnants oder Hauptmanns,
4000	"	"	Stabsoffiziers,
5000	"	"	Generals.

Die Ablösung wird nur gewährt, wenn ein Bedürfnis anerkannt wird. In der Regel werden nur Witwen bis zu einem Alter von 55 Jahren berücksichtigt. Die Entscheidung liegt bei der obersten Militärverwaltungsbehörde, also bei der Kriegsministerien in Berlin, München, Dresden und Stuttgart.

**Die fortschreitende Kapitalkonzentration.** Folgenden Vergleich stellte im überreichlichen Abgange der Wagnisberichte erstatter Dr. Steinhilber an: 1896 betrug das gesamte Kapital der Wiener Bank 300 Millionen, ihr Gewinn 17 Millionen, ihre Bilanzsumme 123 Millionen; 10 Jahre später waren die entsprechenden Bilanzsummen 650, 40 und 257 und 20 Jahre darauf schon 1214, 114 und 681. Im Krieges aber war die Steigerung natürlich, muß man schon sagen, noch im weit höheren.

**Verbot der Weiterverarbeitung von Obstwein.** Durch eine Bekanntmachung der Reichsstelle für Gemüse und Obst im „Reichsanzeiger“ Nr. 33 wird die gewerkmäßige Weiterverarbeitung von Obstwein (auch Mostbarbarm) zu Getränken irgendwelcher Art einschließlich der Mischung aus verschiedenen Fruchtarten getesteter Obstweine, jedoch mit Ausnahme reiner Mischungen von Apfel mit Birnenwein, verboten. Ausnahmen bedürfen der Zulassung durch die Gesundheitsstelle der Reichsstelle. Weitere Bestimmungen betreffen die bei Erzeugern oder Großhändlern lagernden Weinberge fertiger und halbfertigter Erzeugnisse aus bereits weiter verarbeiteten Obstweinen, die Festhaltung der Getränke im Großhandel und die mit jedem Absatz verbundene Verpflichtung zum Aufschluß über ihre Zusammenstellung. Zweck der Bekanntmachung ist die Bekämpfung des weit verbreiteten Mißbrauches, daß unter Verwendung von Obstwein bezogene Getränke von zweifelhafte Beschaffenheit zu Breiten, die nach der Prüfung entziehen, in den Handel gebracht werden.

♦ **Briefkasten** ♦

**Verichtigung.** In der Tabelle über die Urabstimmung in Nr. 6 der „Gew.“ ist noch folgendes richtigzustellen: Die Filiale Dof gab nur für Vorschlag II 19 Stimmen ab; Filiale Traunstein gab für Vorschlag I 5 und für Vorschlag II 31 Stimmen.

♦ **Eingegangene Schriften und Bücher** ♦

**Was versteht der Sozialismus und was wollen die Sozialdemokraten?** Diese Fragen stellen in der jetzigen politisch bewegten Zeit täglich Tausende unserer Volksgenossen an der Front und in der Heimat und sie werden gestellt in allen Schichten unserer Bevölkerung. Viel zu klein ist die Zahl derer, die sie ershöpfend zu beantworten vermögen und es ist auch nicht so ganz leicht, sich diese Frage aus der umfangreichen sozialistischen Literatur zu beantworten. — Da möchten wir die Fragesteller auf ein Büchlehen aufmerksam machen, von Paul Kampffmeier, betitelt: „Die Sozialdemokratie im Lichte der Kulturentwicklung“, das im Verlag der Buchhandlung Vorwärts erschienen ist und für 1,20 Mfl. von jeder Buchhandlung bezogen werden kann. Das Buch ist eine Fährten durch die Geschichte, Politik und Literatur der Sozialdemokratie und des Sozialismus. Es beginnt mit der Vorgeschichte der sozialistischen Bewegung, gibt eine kurze Darstellung über die Agitation Kossakows und das ökonomische Verbrechen von Karl Marx, schildert den Aufstieg der Arbeiterklasse von der Zelle zur Massenbewegung und zeigt die gewaltige Kulturarbeit, welche die Sozialdemokratie geleistet hat, in einzelnen Abschnitten, zum Beispiel Frauenfrage, Agrarfrage, Kommunalpolitik, Arbeiterschutz, Genossenschaften usw. An der Hand dieses Büchelchens wird man sich leicht in der sozialistischen Literatur zurechtfinden. Es sei daher allen, die sich mit dieser Frage beschäftigen, empfohlen.

Das Buch kann durch jede Buchhandlung bezogen werden. Das Porto beträgt 20 Pf.

**Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore,** drei Halbmonatsschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache.

Das Studium einer fremden Sprache auf Grundlage der Uebersetzung beweist vorzüglich einen eingehenden Vergleich der Muttersprache und bedingt deshalb ein tieferes Eindringen in die Eigenheiten beider Sprachen. Obige Zeitschriften bringen die modernen und der Umgangssprache angehörigen Redewendungen, wie man sie meist vergebens in klassischen Werken suchen würde. Die in jeder Nummer enthaltenen praktischen Gespräche sind so recht dem Leben entnommen und leiten auf zweckmäßige Weise zum praktischen Gebrauch der zu studierenden Sprache hin. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux de Fonds (Schweiz).

♦ **Totenliste des Verbandes.** ♦

**Wilhelm Glah, Breslau**  
Arbeiter  
† 11. 2. 1918, 50 Jahre alt.

**Johann Kündt, Kiel**  
Arbeiter  
† 13. 2. 1918, 62 Jahre alt.

**Franz Neumann, Berlin**  
Marktballenarbeiter  
† 31. 1. 1918, 49 Jahre alt.

**Wilhelm Meßer, Heilbronn**  
Waldfräulein  
† 4. 2. 1918, 63 Jahre alt.

**Joseph Schips, Heilbronn**  
Tagelöhner  
† 13. 2. 1918, 60 Jahre alt.

**Wilh. Unverricht, Hamburg**  
Wasserbauamt  
† 12. 2. 1918, 69 Jahre alt.



♦ **Opfer des Weltkrieges:** ♦

**Carl Ernst Bahrs, Hamburg**  
am 17. Juli 1916 im Alter von 32 Jahren gefallen.

**O. A. Leißner, Chemnitz**  
am 27. Dezember 1917 im Alter v. 42 Jahren i. Lazarett gestorben.

**Heinr. Otto Leske, Chemnitz**  
am 26. Dezember 1916 im Alter von 27 Jahren gefallen.

**Georg Schminke, Cassel**  
am 13. Dezember 1917 im Alter von 42 Jahren gefallen.

**Friedrich Simmat, Berlin**  
am 18. Januar 1918 im Alter von 36 Jahren gefallen.

**Ernst Steingraber, Berlin**  
am 1. Februar 1918 im Alter von 34 Jahren gefallen.

Chre ihrem Andenken!